

## **Mitgliederversammlung des FDP-Kreisverbandes Frankfurt am 9.Juni 2021**

### **Antrag zum Entwurf des Koalitionsvertrages 2021-2026**

Antragsteller:

Hans-Joachim Otto, Dr. Burkhard Bastuck, Nicola Beer, Robert E. Birnbaum, Volker Burkhardt, Dr. Florian Gerster, Dr. Ina Gienow, Gerd Häusler, Martin Joppen, Torsten Leidig, Dr. Michael Lepach, Florian Möller, Sabine Otto-Just, Stephanie Prella, Bernhard Reiter, Michael Rubin, Tillman Rüter, Michael Ruiss, Oliver Schmidt, Katharina Schreiner, Volker Stein, Elke Tafel-Stein, Georg Wässa, Ivonne Weber, Vijay Vankadari, Dr. Reimar Witzel,

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Im Einklang mit dem Beschluss der letzten Mitgliederversammlung vom 26. Mai ist
- 2 der Entwurf des Koalitionsvertrages in der vorliegenden Fassung noch nicht
- 3 entscheidungsreif, muss also inhaltlich verändert werden, um eine etwaige
- 4 Zustimmung der Frankfurter FDP zu ermöglichen.
  
- 5 Diese unseren Kreisverband bindende Vorgabe ist bisher definitiv nicht erfüllt. Die
- 6 "Erklärung zum Koalitionsvertrag" bleibt weit hinter den inhaltlichen
- 7 Mindestanforderungen aus dem Beschluss der Mitgliederversammlung zurück.
- 8 Vor allem aber lässt sie den Koalitionsvertrag völlig unverändert, heißt es doch in
- 9 der Erklärung: "Verbindliche Grundlage unserer Zusammenarbeit ist der
- 10 Koalitionsvertrag." Es ist somit objektiv unklar, welche Funktion die Erklärung
- 11 haben und in welchem Verhältnis sie zum Koalitionsvertrag stehen soll. Es bedarf
- 12 daher noch einer Klarstellung, dass die Erklärung dem Koalitionsvertrag vorgeht,
- 13 soweit sie diesen ergänzt oder präzisiert.
  
- 14 Zum Koalitionsvertrag gibt es mehrere unveröffentlichte Zusatzvereinbarungen
- 15 ("Protokollnotizen"). In einer dieser Protokollnotizen wird für die gesamte Dauer
- 16 der Legislaturperiode eine Räumung des seit Jahrzehnten besetzten "autonomen
- 17 Zentrums" in der Au ausgeschlossen - also selbst für den Fall, dass deren
- 18 Bewohner sich weiterhin weigern, einen Mietvertrag abzuschließen und sich an

19 die melderechtlichen Vorschriften zu halten. Es ist ein Gebot des Rechtsstaates,  
20 dass es keine rechtsfreien Räume geben darf. Bewohner und Nutzer der  
21 autonomen Zentren dürfen nicht länger gegenüber allen anderen Bürgern dieser  
22 Stadt privilegiert werden. Es muss jeder Eindruck vermieden werden, dass der  
23 Magistrat über die linksextremistische, zum Teil verfassungsfeindliche Szene seine  
24 schützende Hand hält. Die Frankfurter FDP fordert deshalb die ersatzlose  
25 Streichung dieser Protokollnotiz.

26 Sobald Grüne, SPD und Volt für die erforderlichen Klarstellungen gesorgt haben,  
27 kann die Frankfurter FDP über eine etwaige Annahme des Koalitionsvertrages  
28 entscheiden.